

Beschluss

1.3 Schützen, was uns am Leben hält: Umwelt- und Naturschutz

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Wir wollen an die Politik der ersten Jahre unseres Bundeslandes nach 1990 anknüpfen und wieder zum
2 bundesweit beachteten Vorbild einer natur- und umweltverträglichen Regionalentwicklung werden. Die
3 Lebensraumverluste und den damit verbundenen gravierenden Schwund der Artenvielfalt wollen wir
4 stoppen. Industrialisierte konventionelle Landwirtschaft, Zerschneidung von Natur und Landschaft durch
5 immer neue Straßen und ausufernde Siedlungsgebiete, Aushöhlung der Naturschutzgesetze,
6 Vernachlässigung von Schutzgebieten, Zurückweichen vor den Nutzungsinteressen einzelner Landnutzer zu
7 Lasten der Allgemeinheit – dem Rückbau des Naturschutzes durch Rot-Rot setzen wir unser grünes
8 Konzept entgegen.

9 Wir wollen den Personalabbau in der Landes-Naturschutzverwaltung umkehren. Den Naturschutz im
10 Geschäftsbereich des Umweltministeriums wollen wir personell so aufstellen, dass die Behörden den
11 gewachsenen Anforderungen aufgrund von EU-Richtlinien und anderen gesetzlichen Grundlagen gerecht
12 werden können. Die Biosphärenreservate und Naturparke wollen wir zu Modellregionen für eine
13 nachhaltige Landnutzung und Naturtourismus entwickeln. Unsere Wälder wollen wir komplett ökologisch
14 bewirtschaften, unsere Seen und Flüsse in einen besseren ökologischen Zustand bringen und der
15 Artenvielfalt den Schutz besorgen, den sie benötigt. Illegale Müllablagerungen wollen wir systematisch
16 beseitigen.

17

18 **Unser Countdown für mehr Naturschutz**

19 In den nächsten fünf Jahren wollen wir unter anderem:

20 - 100 % des Landeswaldes nach den Regeln des FSC ökologisch zertifizieren lassen

21 - 25 % der Landwirtschaftsfläche pestizidfrei machen - durch ökologische Landwirtschaft (bisher 11%)

22 - 10 % der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z. B. Hecken, durchgängige Bachläufe,
23 Wanderungskorridore für bedrohte Arten und als grüne Adern in der Landschaft);

24 - 2 % der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen;

25 - 1 % der Waldflächen rechtssicher als Naturwaldzellen ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung
26 (insbesondere Waldinsekten, Waldvögel) reservieren.

27 - 0 % Anbau und Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft

28 **Brandenburger Großschutzgebiete zu Modellregionen der Nachhaltigkeit entwickeln**

29 Brandenburg hatte 1990 das im Einigungsvertrag festgeschriebene Erbe des Nationalparkprogramms
30 angetreten und dieses „Tafelsilber der Deutschen Einheit“ in den ersten Legislaturperioden zu einem
31 bundesweit vorbildlichen Großschutzgebietssystem aus dem Nationalpark Unteres Odertal, 3

32 Biosphärenreservaten und 11 Naturparks entwickelt. Der so geschützte Naturreichtum ist seither auch

33 die Basis des touristischen Erfolgs des Landes.

34

35 Allerdings wurde ab 2003 schrittweise mit dem Abbau der zuständigen Verwaltungen und der Naturwacht
36 begonnen. Zuletzt wurde im April 2018 die Abteilung Großschutzgebiete im Landesamt für Umwelt
37 aufgelöst und die zentrale Koordinierung abgeschafft. Die Stellenausstattung der Biosphärenreservate
38 wurde halbiert. Damit können auch immer weniger Drittmittel aus Naturschutzprogrammen in die
39 Regionen geholt werden. Hinzu kommt der massive Abbau der Naturwacht. Die Sparmaßnahmen haben
40 dazu geführt, dass besonders in den größeren Schutzgebieten die Naturwacht kaum noch in der Fläche
41 präsent ist.

42 Unser Ziel ist es Biosphärenreservate und Naturparke bei der Landnutzung und Regionalentwicklung zu
43 Modellregionen der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Wir wollen ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele
44 modellhaft durch die Kombination von Stärkung des Naturtourismus, ökologischer Landwirtschaft, Schutz
45 der Hotspots der biologischen Vielfalt, regionaler Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher
46 Produkte, regionaler Wirtschaftsräume und Stadt-Land-Partnerschaften zusammenführen. Dadurch werden
47 sowohl die regionale Wirtschaftskraft als auch die Lebensqualität im ländlichen Raum gestärkt. Dazu ist
48 eine adäquate Personalausstattung der Biosphärenreservatsverwaltungen mit zwölf bis fünfzehn Stellen
49 und der Naturparkverwaltungen mit mindestens fünf Stellen nach den Standards und Empfehlungen von
50 UNESCO-MAB-Nationalkomitee, EUROPARC, Verband Deutscher Naturparke und Bundesamt für Naturschutz
51 nötig. Die Zuwendungen an die Stiftung Naturschutzfonds wollen wir so erhöhen, dass
52 die Stellen der Naturwacht in den Großschutzgebieten in Abhängigkeit von Flächengröße und Komplexität
53 der jeweiligen Großschutzgebiete erhöht werden können. Die Großschutzgebiete sind wieder in einer
54 organisatorischen Einheit mit fachlich-strategischer Koordinierung im Geschäftsbereich
55 Umwelt/Landwirtschaft zusammen zu führen. Im Rahmen europäischer Fördergelder richten wir Programm
56 zur gezielten nachhaltigen Entwicklung dieser Modellregionen im „Entwicklungsprogramm für den
57 ländlichen Raum in Brandenburg und Berlin (EPLR)“ aus.

58 **Wald und Forstwirtschaft nachhaltiger gestalten**

59 Mit einem Anteil von 37 Prozent an der Gesamtfläche des Landes, bieten die Wälder Brandenburgs ein
60 einzigartiges ökologisches Potential. Doch leider sind diese wenig vielfältig. Fast drei Viertel der
61 Waldbestände werden von monotonen Kiefernforsten dominiert, die hinsichtlich der
62 Grundwasserneubildung und der Artenvielfalt große Defizite aufweisen. In Zeiten des Klimawandels
63 offenbart sich die Anfälligkeit dieser Forsten gegenüber Umwelteinflüssen in besonderer Weise.
64 Waldbrände haben zuletzt ein dramatisches Ausmaß angenommen, die Massenvermehrung von
65 Schadinsekten wird weiter begünstigt und Sturmschäden sind immens hoch. Wenn sich die klimatischen
66 Extreme häufen, wird der Umgang mit dem Wald in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein.
67 Deshalb setzen wir uns für eine Forcierung des Waldumbaus hin zu standortangepassten, möglichst
68 artenreichen Mischwäldern ein. Damit wollen wir die Neubildung von unbelastetem Grundwasser unter
69 Waldflächen und die Funktion der Wälder für das Lokalklima fördern, die Biologische Vielfalt in den
70 Wäldern erhöhen und gleichzeitig die Attraktivität der Wälder für die Naherholung steigern. Für das
71 Vorantreiben einer ambitionierten Waldumbau-Strategie der Landesforstverwaltung in privaten und
72 öffentlichen Forsten wollen wir die notwendigen Mittel bereitstellen. Dabei setzen wir auf die
73 Waldbesitzer*innen, die Wirtschaft und den Landesforst. Durch Beratung und Vernetzung wollen wir die
74 wirtschaftliche Nutzung von Brandenburger Holz auch jenseits von Parkettfabriken attraktiv machen. Wir
75 setzen uns dafür ein, dass der Landesbetrieb Forst handlungsfähig bleibt und nicht weiter kaputtgespart
76 wird.

77 Dabei muss der Landeswald zum Vorbild für die von uns geforderte nachhaltige Entwicklung werden und
78 vollständig FSC-Siegel zertifiziert (Forest Stewardship Council für nachhaltige Forstwirtschaft) werden. Wir
79 wollen die zur Privatisierung vorgesehenen Waldflächen des Preußenvermögens und die Liegenschaften
80 der ehemaligen Sowjettruppen dem Landesbetrieb Forst übertragen. Weiterhin wollen wir das Jagdrecht
81 novellieren, die Zahl der jagbaren Arten deutlich reduzieren und dabei die Jagd auf Vögel beenden.
82 Fütterung von Wildtieren werden wir verbieten. Ziel der Jagd muss eine effektive Begrenzung der

83 Populationsdichten von Schwarz-, Reh-, Dam- und Rotwild sein, um Fraßschäden zu verringern und eine
84 natürliche Erneuerung des Waldes zu ermöglichen. Die Mindestanforderungen an die sogenannte gute
85 fachliche Praxis in der Forstwirtschaft wollen wir im Landeswaldgesetz verankern. Fördermittel sollen nur
86 noch für über die in diesem Gesetz formulierten Mindestansprüche hinausgehenden Leistungen
87 ausgereicht werden. Zusammenschlüsse von Kleinwaldbesitzern in Form von Forstbetriebsgemeinschaften
88 begrüßen wir, sie sollen durch kostengünstige Beratung unterstützt werden. Im Landeswaldgesetz wollen
89 wir zudem eine differenzierte Bewirtschaftung von Kleinwaldflächen in dicht besiedelten Gemeinden
90 festlegen und klare Verfahrensregeln zur Anlage und Sicherung von Schutz- und Erholungswäldern
91 definieren.

92

93 **Den Baum im Dorf lassen und Alleen schützen**

94 Landschafts-, dorf- und stadtbildprägende Einzelbäume und Baumreihen dürfen nicht verloren gehen - wir
95 wollen sie gesetzlich besonders schützen. Alleebäume, die aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt
96 werden mussten, sollen im Verhältnis 2:1 innerhalb eines Jahres nach der Fällung neu gepflanzt werden.
97 Den derzeit geschrumpften Bestand an Alleebäumen möchten wir nicht nur erhalten sondern auch mit
98 neuen Alleen weiter ausbauen. Wir wollen auch wieder eine landesweit gültige Baumschutzsatzung
99 etablieren.

100 **Unsere Seen, Flüsse und Bäche in einen guten ökologischen Zustand bringen**

101 Von den 190 Brandenburger Seen mit einer Wasserfläche von mehr als 50ha sind nur 24 in einem guten
102 oder sehr guten ökologischen Zustand. Der überwiegende Teil weist hingegen eine mäßige bis schlechte
103 Qualität auf. Um die Seen vor weiteren Verunreinigungen vor allem durch Pestizide und Dünger zu
104 schützen, wollen wir an allen Gewässern Randstreifen mit einer ausreichenden Breite festlegen. Diese
105 schützen nicht nur das Wasser unserer Seen und Flüsse vor Giften und Dünger und stärken den
106 Biotopverbund, sondern helfen auch die Artenvielfalt zu erhalten und die Landschaft zu verschönern. Die
107 Kriterien für die regelmäßigen Untersuchungen der Badegewässer wollen wir überprüfen und wo immer
108 sinnvoll ausweiten. Die Zahl der automatisierten Messstellen zur Erfassung der Belastung der
109 Oberflächengewässer mit Nitrat wollen wir erhöhen. Darüber hinaus wollen wir entschiedene Maßnahmen
110 zur Verringerung des Nitrat-, Pestizid- und Antibiotikaeintrages ergreifen. Viele Seen in Brandenburg sind
111 von einem
112 sinkenden Wasserspiegel betroffen. In der Lausitz geht dies auch auf die Grundwasserabsenkungen des
113 Tagebaubetreibers zurück. Auch auf unseren Druck hin wurde der Tagebaubetreiber zu
114 Ausgleichseinleitungen und Wassereinleitungen an einigen Seen verpflichtet. Wir kämpfen für weitere
115 Maßnahmen gegen den Wasserverlust und die Regenierung der betroffenen Seen und Moore.

116 Es gibt besorgniserregende Ausbaupläne für mehrere Brandenburger Flüsse. Für die Oder wird unter dem
117 Deckmantel der Sicherstellung einer Mindesttiefe für Eisbrecherfahrten zum Hochwasserschutz ein
118 massiver Ausbau vorangetrieben. An der Elbe wird trotz eines Ausbaustopps, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
119 auf der Bundesebene 2002 durchgesetzt haben, seit über zehn Jahren kontinuierlich gebaut. Deren Ziel ist
120 es, eine nahezu ganzjährige Fahrtiefe von 1,60 Meter zwischen Geesthacht und Dresden zu gewährleisten.
121 Doch die damit verbundenen großen Hoffnungen für die Güterschifffahrt haben sich nicht erfüllt, die
122 Befestigungsmaßnahmen an den Ufern und die Einbringung von Buhnen führen lediglich zu einer
123 stärkeren Strömung und der voranschreitenden Erosion des Flussbetts. Damit trocknen die Flussauen bei
124 mittleren und niedrigen Wasserständen aus und wertvolle Feuchtwiesen gehen verloren, Auwälder werden
125 beeinträchtigt. Solche Entwässerungs-tendenzen werden an allen ausgebauten und begradigten Flüssen
126 beobachtet.

127 Wir wollen unsere Bäche und Flüsse entsprechend der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in einen
128 besseren ökologischen Zustand bringen, sie vor weiteren Verschlechterungen bewahren und vorbeugenden
129 Hochwasserschutz betreiben. Dafür möchten wir den Flüssen ausreichend Raum geben.
130 Überschwemmungsgebiete sollen nicht weiter für Acker- und Siedlungsbau zur Verfügung stehen,
131 stattdessen wollen wir hier extensive Landnutzungen fördern. Altwasserarme und Auengebiete wollen wir

132 reaktivieren und wieder an die natürliche Dynamik ihrer Flüsse anschließen. Auf diese Weise möchten wir
133 die Auen der Elbe, der Schwarzen Elster, der Spree und der Havel langfristig naturnah entwickeln. Wir
134 werden keinen weiteren Ausbau unserer Flüsse zulassen. Oder und Elbe müssen als freifließende
135 Flüsse ohne (weitere) Staustufen erhalten bleiben. Damit begegnen wir auch den zunehmenden
136 Extremwetterereignissen, wie z.B. längere regenarme Zeiten, höhere Temperaturen und
137 Extremniederschläge: Bei Hochwasser gibt es
138 schließlich mehr Raum für Retention und Versickerung, bei Trockenheit wird so der Wasserrückhalt
139 gefördert.

140 Die Folgen des Braunkohlenbergbaus in der Lausitz schlagen sich seit ca. zehn Jahren in der Belastung der
141 Spree und vieler ihrer Zuflüsse mit Eisenhydroxid und Sulfat nieder. Das lebensfeindliche Eisenhydroxid
142 verschlammt Ufer und Gewässersohle und vernichtet so wertvolle Lebensräume. Die Ockerfrachten haben
143 bisher viele Kilometer Fließgewässer verodet und bedrohen nun mit dem Spreewald nicht nur ein
144 UNESCO-Biosphärenreservat mit wertvollen FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat EU-Richtlinie), sondern
145 auch eine wichtige Tourismusregion. Insbesondere die Probleme mit der Talsperre Spremberg sind nicht
146 ansatzweise gelöst. Die Anreicherung mit Eisenocker findet stetig statt und bildet ein ungeheures
147 Gefährdungspotential, das mit einem der nächsten großen Hochwässer zum ökologischen Kollaps im
148 Spreewald führen kann. Der hohe Sulfatgehalt des Spreewassers stammt zu 65 % aus dem aktiven
149 Braunkohlentagebau und bedroht mittlerweile sogar die Versorgung mit sauberem Trinkwasser von Berlin,
150 der
151 Städte Frankfurt (Oder) und Lübbenau sowie deren Umland. Da ein Herausfiltern des Sulfats nicht möglich
152 ist, kommt als einzige Gegenmaßnahme die Verdünnung des Spreewassers mit unbelastetem Wasser in
153 Frage, welches wiederum in der angespannten Wassersituation im Einzugsgebiet der Spree selbst knapp
154 ist.

155 Um die Spree vor einer steigenden Sulfat- und Eisenockerbelastung zu schützen, legen wir einen
156 Masterplan mit konkreten Zielen, Maßnahmen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten vor. Für die
157 Braunkohletagebaue führen wir strenge Einleitwerte für Eisen und Sulfat ein. Die Vorsperre Bühlow und
158 die Talsperre Spremberg wollen wir regelmäßig beräumen lassen, um auch in Hochwassersituationen das
159 Weiterfließen des Eisenoockerschlamms zu verhindern. Eine Verklappung des Eisenschlamms in anderen
160 stehenden Gewässern lehnen wir ab. In Zusammenarbeit mit der lokalen Bürgerinitiative konnten wir die
161 Entsorgung Eisenhydroxidschlamm im Altdöberner See verhindern. Wir streben eine Deponierung oder
162 eine Wiedernutzung des darin enthaltenen Eisens an.

163 164 **Umgang mit Wasser an den Klimawandel anpassen**

165
166 Mit der Temperaturhöhung, der Verlängerung der Vegetationsperiode und einer unvorteilhaften
167 Umverteilung der Niederschlagsmengen im Jahresverlauf sendet der Klimawandel seine Vorboten. Der
168 Hitzesommer 2018 führte zu extrem niedrigen Wasserständen in der Landschaft und im Grundwasser.
169 Bereits jetzt führt der Wassermangel zu Konflikten um die Wassernutzung zwischen Landwirtschaft,
170 Naturschutz, Schifffahrt, Tourismus und Gewässeranliegern. Neben ausgeprägten Trockenzeiten werden
171 künftig auch lokale Extremniederschläge mit Überflutungen, Sturm und Hagel vermehrt auftreten und an
172 Intensität zunehmen, wie dies just ein Jahr vor dem Hitzesommer in Teilen des Landes zu beobachten war.
173 Davon betroffen sind insbesondere die Land- und Forstwirtschaft, aber auch alle anderen Land- und
174 Gewässernutzer bis hin zum Gartenbesitzer.

175
176 Wir wollen ein Gesamtkonzept zur Anpassung an den Klimawandel im Politikfeld Wasser erarbeiten. Dazu
177 wollen wir eine gesamtgesellschaftliche Debatte zum Gemeingut Wasser führen, um das
178 Problembewusstsein für das Schutzgut Wasser vor dem Hintergrund des Klimawandels zu schärfen und die
179 diversen Interessenlagen, Konflikte und Lösungsmöglichkeiten auszuleuchten. Wir wollen die Akzeptanz für
180 innovative Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushalts herstellen und gesellschaftlich tragfähige
181 Kompromisse erreichen. Im Umgang mit den Trockenzeiten wollen wir den Einsatz intelligenter
182 wassersparender Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft und im Gartenbau landesweit voranbringen.

183 Es geht aber auch darum, die Grundwasserneubildung zu fördern, um die Trinkwasserversorgung, aber auch
184 die Ressourcen für die Erhaltung unserer Gewässer und Feuchtgebiete und die Bewässerungssysteme zu
185 sichern. Dazu müssen wir insbesondere den Wasserrückhalt in den Hochflächen des Landes fördern und die
186 Stauhaltungen in künstlichen Gewässersystemen ausbauen. Es geht aber künftig auch darum, schnell auf
187 lokale Starkniederschläge zu reagieren und Überflutungen von Siedlungsbereichen und
188 landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Vegetationsperiode zu vermeiden. Wir wollen die
189 Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass landesweit in Gewässern I. und II. Ordnung intelligente
190 Steuerungssysteme für die Regulierung der Wasserstände eingesetzt werden können. Damit wollen wir die
191 Beitragskosten für die Gewässerunterhaltungsverbände trotz steigender Anforderungen an die
192 Wasserbewirtschaftung in Grenzen halten. Die Sicherung einer guten Wasser- und Gewässerqualität in den
193 Tagebaugebieten gehört eindeutig zu den Tagesaufgaben. Die erforderlichen Maßnahmen müssen bei der
194 Berechnung der notwendigen Rücklagen des Bergbautreibenden für die Renaturierung der Tagebaugebiete
195 und die Beseitigung der Tagesaufgaben einfließen und dürfen nicht zu Lasten der Steuerzahler gehen!

196 **Moore schützen - Moorböden erhalten**

197 Das Land Brandenburg gehört zu den vier moorreichsten Bundesländern im Norddeutschen Tiefland und
198 trägt damit eine besondere Verantwortung für den Schutz der Moore. Die Moorböden müssen ihrer
199 Funktion als Wasser-, Nährstoff- und Kohlenstoffspeicher in der Landschaft gerecht werden können. Dazu
200 wollen wir das Moorschutzprogramm aufgreifen und zu einer fundierten brandenburgischen
201 Moorschutzstrategie für umfassenden Moorschutz weiterentwickeln.

202 Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die landwirtschaftliche Nutzung der Moorböden
203 an den ökologischen und Klimaschutzzielen ausgerichtet wird. Dazu wollen wir moorschonende und
204 moorerhaltende Bewirtschaftungsweisen mit geländenahen Wasserständen fördern. Hierfür wollen wir
205 sowohl die Entwicklung und den Einsatz standortangepasster Grünlandtechnik, als auch
206 Verwertungsketten von Biomasse aus nassem Moor prioritär unterstützen und fördern.

207 Torfwachstum zur Speicherung von Wasser- Nährstoffen und CO₂ wollen wir durch den Schutz der noch
208 vorhandenen naturnahen Moore und die Wiedervernässung von entwässerten Moore aktiv fördern.
209 Degradierete Moorflächen, die nicht mehr wirtschaftlich nutzbar sind, sollen – wenn dies fachlich vertretbar
210 und technisch möglich ist – wieder vernässt werden. Dazu wollen wir spezielle Projekte fördern.

211 **Artenvielfalt retten!**

212 Brandenburg bietet vielen seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Um die seltenen
213 und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, wollen wir das Maßnahmenprogramm „Biologische
214 Vielfalt“ zu einer echten Strategie weiterentwickeln, insbesondere ist ein Umsteuern in der Landnutzung
215 dafür zwingend erforderlich. Das Artensterben hat mittlerweile sehr viele unserer für Brandenburg
216 typischen heimischen Arten erreicht. Viele Arten auf der Roten Liste haben ihren Lebensraum in unserer
217 Kulturlandschaft. In riesigen Maisschlägen oder anderen intensiven Monokulturen finden sie keine
218 Lebensräume mehr. Arten die früher sehr häufig waren oder deren Bestände sich nach der Wende deutlich
219 erholt hatten wie Feldlerche, Kiebitz und Rotbauchunke sind seit jüngster Zeit wieder selten geworden
220 oder akut bedroht. Viele dieser Arten sind auch Indikatoren für die Qualität unserer Umwelt, ihr
221 Verschwinden sollte uns zu denken geben. Wenn wir ihnen effektiv helfen wollen müssen wir
222 nicht nur weitere Schutzgebiete einrichten, sondern insbesondere die Landnutzung umweltverträglicher
223 gestalten. Bei der Straßenpflege wollen wir erreichen, dass die Straßenrandflächen landesweit im Sinne
224 des Artenschutzes nicht mehr mit Pestiziden behandelt und die Mähzeiten entsprechend berücksichtigt
225 werden (Blühwiesen).

226 Wir werden Konflikte mit Arten wie Wolf, Biber und Kormoran, die es geschafft haben erfolgreich nach
227 Brandenburg zurück zu kehren, weder ignorieren noch populistisch ausschlichten. Wir werden mögliche
228 Konflikte, die mit Landnutzer*innen entstehen, ernst nehmen und Interessen verantwortungsvoll abwägen.
229 Dabei werden wir weder zulassen, dass geschützte Arten wieder verfolgt und ausgerottet werden noch das
230 Landnutzer*innen um ihre Existenz fürchten müssen. Das gilt insbesondere für den Wolf, der die

231 Weidetierhaltung in Brandenburg vor große Herausforderungen stellt. Hier setzen wir auf eine bessere
232 Ausstattung der Behörden für eine intensive fachlich fundierte Aufklärungsarbeit und die
233 Weiterentwicklung der bundesweit vorbildlichen Wolfsverordnung. Herdenschutzmaßnahmen wollen wir
234 zu 100 Prozentfinanzieren und weitere Maßnahmen wie Vergrämung konsequent fortentwickeln. Dabei
235 stehen wir zum Grundsatz: In letzter Konsequenz müssen Wölfe, die Menschen gefährlich geworden sind
236 oder trotz
237 Herdenschutzmaßnahmen wiederholt Weidetiere gerissen haben, entnommen werden. Die Verordnung muss
238 jedoch deutlich praxistauglicher gestaltet werden. Für vom Wolf gerissene Tiere wollen wir unbürokratisch
239 entschädigen. Die Ausrufung wolfsfreier Zonen, die Aufhebung des Schutzstatus oder eine darauf
240 abzielende Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes lehnen wir ab. Die Ehrenamtlichen
241 Wolfsbeauftragten der Landkreise, die u.a. Anlaufstellen für die Anliegen der Bürger im Umgang mit Wölfen
242 sind, wollen wir in ihrer Position stärken.

243 Wir wollen der Bildung für den nachhaltigen Schutz unserer Lebensgrundlagen einen zentralen
244 Stellenwert einräumen. Umweltbildung muss in den Kitas und Schulen beginnen und auch die Bürger mit
245 berücksichtigen. Wir wollen alle Menschen stärker für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen
246 Lebensgrundlagen sensibilisieren. Parallel dazu muss das Brandenburger Biotopverbund-Konzept rasch
247 umgesetzt werden. Wir wollen zehn Prozent der Landesfläche zum landesweiten Biotopverbund erklären (z.
248 B. Hecken, durchgängige Bachläufe, Wanderungskorridore für Reptilien und Amphibien) und zwei Prozent
249 der Landesfläche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten nutzungsfrei machen; indem
250 v.a. alte Waldbestände des Landeswaldes sowie rekultivierte Bergbaufolgelandschaften ihrer natürlichen
251 Entwicklung überlassen werden. Ein Prozent der Waldflächen wollen wir rechtssicher als Naturwaldzellen
252 ausweisen und für die Wald- und Wildtierforschung (insbesondere für Waldinsekten, Waldvögel)
253 reservieren. Weiterhin treten wir dafür ein, dass der gesetzliche Biotopschutz ausgeweitet wird, damit die
254 Inseln der Artenvielfalt in unserer Landschaft wirksam geschützt werden. Die Zerschneidung unserer
255 Landschaft durch Verkehrsstrassen ist ein Grund für den Artenrückgang. Wir werden darauf hinwirken, dass
256 Planungen für neue Straßen und Bahnabschnitte zwingend Überquerungshilfen auch für grössere
257 Säugetiere enthalten. Für die A 24 werden wir Planungsverfahren für mindestens zwei Wildbrücken
258 durchführen.

259 **Illegale Müllberge beseitigen**

260 Skrupellose Müllhändler, die sich auf Kosten der Umwelt und der Steuerzahler*innen bereichern, richten
261 durch illegale Müllablagerungen enormen Schaden im Land an. Diese Art der Umweltkriminalität macht
262 über undurchsichtige Firmengeflechte Millionengewinne. Weit über 100 solcher illegalen Lager sind
263 inzwischen bekannt, allein 2017 kamen sechs neue hinzu. In den meisten Fällen ist die Gefährdungslage
264 unbekannt. An mehreren Standorten ist das Grundwasser nachweislich belastet.

265 Wir wollen detaillierte Untersuchungen aller illegalen Müllablagerungen, um anhand einer
266 Gefahrenabschätzung deren Beräumungen priorisieren zu können. Bestehende Müllunternehmen müssen
267 künftig strenger kontrolliert werden. Durch Änderung der Bundesgesetze wollen wir erreichen, dass
268 unzuverlässige Unternehmen mit dubiosen Praktiken keine neuen Anlagen genehmigt bekommen. Vor der
269 Inbetriebnahme neuer Abfallanlagen sollen ausreichend hohe Sicherheitsleistungen von den Betreibern
270 hinterlegt werden, die notfalls für entstehende Entsorgungs- und Sanierungsmaßnahmen herangezogen
271 werden können. Wie wollen die Steuerzahler nicht für Altlasten aufkommen lassen müssen.

272 Langfristig ist die Vermeidung von Müll die beste Strategie gegen illegalen Müll. Wir setzen uns daher für
273 eine Wirtschaftsweise ein, die ressourcenschonend und in Kreisläufen arbeitet. Gerade die Vermüllung
274 unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen Aktionsplan
275 gegen Plastikmüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für Kaffeebecher,
276 Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und –besteck wollen wir
277 vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und
278 Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten. Für Lieferanten schlagen
279 wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten

280 Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein
281 Unterpfügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-
282 Cafés und kommunalen Gebrauchtwarenläden.

283 Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit
284 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für
285 Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren.
286 Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plasteprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist
287 eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der
288 Europäische Union und bei den Vereinten Nationen, brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote
289 für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.